

Auftrag Deplazes betreffend Kunststoffsammlungen im Kanton Graubünden

Im Kanton Graubünden besteht ein gut ausgebautes Netz an Sammelstellen für Glas, Metall, Grünabfälle, Altkleider usw. um sie einer Wiederverwertung zuzuführen. Was bei den erwähnten Materialien funktioniert, funktioniert auch für Plastikabfälle, wie die erfolgreich eingeführten Kunststoffsammlungen in den Kantonen Thurgau und St. Gallen (ZAB) belegen. Bereits 250 Gemeinden der Deutschschweiz haben Kunststoffsammelsysteme bewilligt oder selbst eingeführt – dies zeigt, dass die Bevölkerung bereit ist, einen Beitrag zur Ressourcenschonung und zum Klimaschutz zu leisten.

Heute beträgt die Sammelquote bei Kunststoffen lediglich 11 %, wobei es sich hauptsächlich um PET- und PE-Flaschen handelt, welche vom Handel gesammelt werden. Hunderttausende von Tonnen prinzipiell gut rezyklierbarer Kunststoffe (PET-Schalen, PE und PP) werden heute nicht zurück in den Kreislauf geführt, sondern in Kehrrechtverbrennungsanlagen vernichtet.

Aktuelle Studien fordern eine deutliche Erhöhung der Recyclingquote, weil pro Tonne rezykliertem Kunststoff bis zu 2.4 Tonnen CO₂ eingespart werden können. Auf die Schweiz hochgerechnet reduziert sich so der CO₂-Ausstoss dadurch um mehrere hunderttausend Tonnen. Insbesondere dann, wenn auch Kunststoffe aus der Landwirtschaft (Silofolien) und dem Gewerbe gesammelt werden. Davon profitieren neben dem Klima auch die Kehrrechtverbrennungsanlagen. Diese haben sich verpflichtet, ihren CO₂-Ausstoss zu reduzieren und können die gesetzten Ziele erreichen, indem Sie das Recycling von Kunststoffen zulassen oder gar selbst fördern.

Die Rezyklierung wiederverwertbarer Materialien ist nicht nur ein Gebot des Umweltschutzes und der Ressourcenschonung, sondern auch volkswirtschaftlich sinnvoll. Kunststoffrecycling schafft Arbeitsplätze und macht uns unabhängiger von Rohstoffimporten.

Wie bei allen Recyclingsystemen ist es auch beim Kunststoff wichtig, dass gewisse Qualitätsanforderungen eingehalten werden. Ebenfalls wichtig ist, dass Kunststoffsammlungen verursachergerecht finanziert werden und für die Gemeinden keine Mehrkosten entstehen. Dies gelingt am besten, wenn die Sammelsäcke von den Zweckverbänden vertrieben werden, wie dies im Kanton Thurgau gemacht wird. Damit auch die Landwirtschaft und das Gewerbe mitmachen, sind eventuell zusätzliche Anreize notwendig.

Es liegt in der Verantwortung des Kantons, hierfür in Zusammenarbeit mit den Gemeinden die geeigneten Massnahmen zu definieren, zu koordinieren und umzusetzen.

Die Regierung wird beauftragt, eine flächendeckende Sammlung von Kunststoffen einzuführen, um sie einer sinnvollen Wiederverwertung zuzuführen, statt in Kehrrechtverbrennungsanlagen zu verbrennen.

Chur, 5. Dezember 2017

Deplazes, Pfenninger, Alig, Atanes, Baselgia-Brunner, Brandenburger, Bucher-Brini, Cahenzli-Philipp, Caluori, Casutt-Derungs, Cavegn, Caviezel (Chur), Danuser, Dermont, Dosch, Felix (Scuol), Foffa, Gunzinger, Hardegger, Hitz-Rusch, Holzinger-Loretz, Jaag, Joos, Kunfermann, Locher Benguerel, Mathis, Monigatti, Niederer, Noi-Togni, Perl, Peyer, Pult, Thöny, Tomaschett-Berther (Trun), Vetsch (Klosters Dorf), Weber, Antognini, Berther (Segnas)